

Gewiefte Angreifer

Nach Hacker-Attacken auf Computer deutscher Bundesbehörden führen Spuren erneut nach China.



Berliner Kanzleramt

Die E-Mails wirken unverdächtig. Unter sachlich gehaltenen Betreff-Zeilen wie „Expo Shanghai 2010“ gehen sie an deutsche Bundesbehörden und landen in den Postfächern der Beamten. Auch die angehängten Dokumente scheinen harmlos – bis man sie öffnet: Dann beginnen verborgene Spähprogramme, sogenannte Trojaner, mit dem heimlichen Absaugen interner Daten aus dem Behördennetz und transferieren sie via Internet nach Fernost.

Cyberangriffe wie diese gibt es mittlerweile offenbar mehrmals pro Tag. Rund 1600 „elektronische Angriffe mit nachrichtendienstlichem Hintergrund“ wurden laut Bundesinnenministerium allein zwischen Januar und September 2010 auf deutsche Bundesbehörden gestartet. Mehr als die Hälfte davon, so behauptet das Ministerium, seien auf „staatliche Stellen in der Volksrepublik China zurückzuführen“.

Die Angreifer seien gewieft, sagt ein hochrangiger Experte für Datensicherheit, „die Methoden der Hacker sind ausgefeilt“. Deshalb werden die digitalen Spione nur selten ertappt. Im August 2007 etwa berichtete der SPIEGEL über Cyberangriffe aus China auf Berliner Regierungscomputer. Betroffen waren damals das Kanzleramt, das Außen-, das Wirtschafts- und das Forschungsministerium.

Zwar erhöhten die Berliner Regierungsstellen die Sicherheitsstandards beim Datentransfer, doch auch die Angreifer gehen immer raffinierter vor. Den Eintritt in die Rechner gewähren kleine Lücken in weltweit genutzter Textverarbeitungs- oder Präsentationssoftware wie Word oder Powerpoint. Solche Schwachstellen machen es möglich, Dokumente, die mit diesen Programmen erstellt sind, zu manipulieren und damit Rechner fremd-

zusteuern. So können andere Dokumente unbemerkt kopiert werden. Über ein ganzes Netz von E-Mail-Adressen, verteilt rund um die Welt, fließen die Informationen schließlich zumeist nach China. Dort steuern Hacker das Schattennetzwerk.

Schwer zu beweisen ist allerdings, in wessen Auftrag die Cyberspione handeln. Nur ein paar Indizien deuten auf den chinesischen Geheimdienst und die Armee. Klandestine Datenströme münden oft in Chengdu, einer Universitätsstadt in der Provinz Sichuan. Dort ist nicht nur eine der größten Hacker-Gemeinschaften der Volksrepublik zu finden, sondern auch ein Cyberkriegszentrum der chinesischen Armee.

Hacker, die mutmaßlich Verbindungen zu chinesischen Geheimdiensten halten, installierten vom Reich der Mitte aus ein weltumspannendes Schattennetzwerk, fanden Spezialisten der Universität Toronto heraus. Über das Spionagenetz drangen die Angreifer in den vergangenen Jahren in 1300 Computernetzwerke ein. Betroffen waren Botschaften, darunter auch deutsche Auslandsvertretungen, das Büro des Dalai Lama sowie indische Ministerien und Behörden.

Ob chinesische Hacker bei ihren Angriffen auf deutsche Rechner heikle Interna abgesaugt haben, versuchen derzeit Verfassungsschützer und die IT-Experten vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik herauszufinden. Doch selbst wenn die Rekonstruktion des Datenklaus gelingen sollte, haben die Angreifer wohl nichts zu fürchten. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hat in der vorigen Woche zwar einen Prüfungsvorgang eingeleitet, für ein Ermittlungsverfahren wegen Spionage fehlen aber bisher Anhaltspunkte.

SVEN RÖBEL,
ANDREAS WASSERMANN

sie müsse die Chinesen von Facebook und YouTube fernhalten. Denn die aufsteigende Weltmacht ist zugleich ein Staat, der sich vor seinen eigenen Bürgern fürchtet.

DAS NÄCHSTE ZIEL: TECHNOLOGISCHE ÜBERLEGENHEIT

Dafür trumpft China umso mehr gegenüber dem Ausland auf. „Taoguang yanghui“ – „Sein Licht unter den Scheffel stellen und den rechten Augenblick abwarten“: Dieser Rat, den Chinas Reformlegende Deng Xiaoping Ende des vorigen Jahrhunderts seinen Nachfolgern auf den Weg gab, gilt für das China von heute nicht mehr. Nach über drei Jahrzehnten der industriellen Aufholjagd sieht es immer weniger Grund zu taktischer Rücksichtnahme auf den Westen.

Noch ist China nicht allmächtig, aber es ist stark genug, immer öfter nein zu sagen. Zhou Xiaochuan, Gouverneur der chinesischen Zentralbank und ein Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, hat bereits vorgeschlagen, den Dollar als globale Leitwährung abzuschaffen und durch Sonderziehungsrechte des Währungsfonds zu ersetzen.

Heute ist es ein anderer prominenter Chinese, der öffentlich die Kreditwürdigkeit der USA in Frage stellt. Sein Schreibtisch ist so wichtig, dass eine Hochzeitsgesellschaft daran tafeln könnte. Guan Jizhong, 54, hat die breite Fläche vor sich freigeräumt. Nicht einmal einen Laptop braucht der Boss von Dagong, Chinas größter Rating-Agentur, bei seiner Mission, die Vormacht der westlichen Konkurrenten Moody's, Standard & Poor's und Fitch zu brechen – zum Wohl der ganzen Menschheit, wie Guan betont.

Zum zweiten Mal in fünf Monaten hat er hier von Peking aus die Kreditwürdigkeit der USA herabgestuft. Pünktlich vor dem jüngsten G-20-Gipfel strafe er die westliche Supermacht mit der Note A plus ab – die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua verkündete das Urteil in alle Welt. Guan wollte so die „ersten Defekte der US-Wirtschaft“ kritisieren. In dem Amerika den Dollar „böswillig“ abwerte, verletze es die Interessen von China, dem wichtigsten Gläubigerland.

Dem eigenen Land gewährte Guan dagegen die Rate AA plus. Es ist eine Kampfansage gegen westliche Rating-Agenturen, die den USA auch nach der Finanzkrise höchste Kreditwürdigkeit bescheinigten.

Inzwischen fordert China den Westen auch technologisch heraus. Die Zeiten, als die Weltfabrik nur billige T-Shirts oder Turnschuhe, Kassettenrecorder oder Computer für westliche Verbraucher lieferte, sind vorbei. China will zum Hightech-Labor der Welt aufsteigen.

Wer Liu Guangming, 53, zum Interview bittet, muss ihm zunächst eine „Geheimhaltungserklärung“ zurückfaxen, mit Unterschrift und Siegel. Damit muss